

atomstopp

atomkraftfrei leben!

3. Quartal 2009, 34. Jahrgang, Nr. 207



MARATHON

PERSONENKOMITEE

AUSSTIEG AUS EURATOM IN EINEM JAHR MÖGLICH



Mehrfach wurde unsererseits schon aufgezeigt, dass die EU-Kommission sich um die Zukunft der Atomenergie sorgt. Zurecht „sorgt“ ... denn die aktuellen Zahlen und Fakten deuten auf einen Niedergang der Branche hin – nicht zuletzt verstärkt durch die Wirtschaftskrise und durch die vorsichtig-zögerliche Haltung von Banken, in Mammut-Atom-Projekte zu investieren. Aktuelle Zahlen und Fakten zur Atomenergie liefern u.a. der World Nuclear Status Report von Mycle Schneider aus 2008 – zum Download auch auf: www.atomkraftfrei-leben.at/themen.php

Je mehr die Atomenergie ins Trudeln kommt, umso mehr verstärkt die EU-Kommission ihre Anstrengungen und sorgt mit den verschiedensten Image-Maßnahmen für ein weiteres „Überleben“ der Atomindustrie – völlig zurecht, wenn man der **EU-Kommission** unterstellt, dass sie **im Grunde die Atomenergie befürwortet**. Verschiedene Aussagen von EU-Kommissaren deuten ganz in diese Richtung, egal ob es die Wettbewerbs-Kommissarin Kroes („ich bin vollständig für Atomenergie“) oder der Energie-Kommissar Piebalgs („ich fordere Mut, das Thema (Atomenergie, Anm.) zu diskutieren“) oder der Kommissionspräsident Barroso („die EU könne die nukleare Option nicht ignorieren, wenn sie ihre Klimaziele erfüllen wolle“) sind.

Es dürfte sich noch nicht bis Brüssel herumgesprochen haben, dass Atomenergie KEIN

Klimaretter ist, dass der Anteil der Atomenergie am weltweiten Energieaufkommen unter 3% liegt, dass jede Investition in die Energieeffizienz einen zehnmal (10mal!) größeren Effekt auf das Weltklima hat, als die Investition in die Atomenergie.

Die aktuell diskutierte Sicherheitsrichtlinie für Atomkraftwerke ist so eine Imagemaßnahme für die Atomindustrie. Immerhin schon seit 2002 bemüht man sich (unter stetiger Verwässerung der Anforderungen) die Sicherheit in AKWs europaweit zu regeln. **Ein MEHR an Sicherheit wird die Richtlinie aber nicht bringen** – es sind weder übergeordnete Kontrollen für die Atomkraftwerke vorgesehen. Bei der Richtlinie wird lediglich auf jetzt bestehende Sicherheitsnormen verwiesen – und wie diese Normen dann in nationales Recht umgesetzt werden, ist – weil ja als EU-Richtlinie ausgelegt – den Mitgliedstaaten selber überlassen.

Der absolute Witz bei der Richtlinie: Den nationalen Aufsichtsbehörden (in Tschechien das Staatsamt für Kernsicherheit SUJB) wird das Recht eingeräumt, die Lizenz für den Betrieb der AKWs zu entziehen, wenn der sichere Betrieb der AKWs nicht gewährleistet scheint. Sollte das nicht selbstverständlich sein? Braucht man dazu eine EU-Sicherheitsrichtlinie für Atomkraftwerke?

Das Thema „EU-Kommission und die Propaganda für die Atomindustrie“ wird uns noch weiter beschäftigen. Eine ausführliche Analyse ist für den nächsten Mitgliederbrief geplant. Jedenfalls werden uns laufend Argumente für die Kampagne „Österreich – RAUS aus EURATOM“ geliefert, die gut vorangeht – jeweils die neuesten Informationen gibt es auf:

www.raus-aus-euratom.at

Schöne Grüße
Roland Egger

Die Freistädter Mütter gegen Atomgefahr berichten:

Im Rahmen einer umfassenden Projektarbeit* zum Thema Atomenergie ist Michaela Klopff, Maturantin der HBLA Freistadt, auch der öffentlichen Meinung zur österreichischen Mitgliedschaft bei EURATOM nachgegangen. In Form einer Umfrage konnte sie klar belegen, dass nahezu neun von zehn der befragten Personen (87%) für einen Ausstieg Österreichs aus EURATOM plädieren. Die weitere Erhebung ergab, dass nur knapp weniger, nämlich 77% die Forderung auch in Form eines Volksbegehrens unterstützen würden.

Diese Ergebnisse spiegeln eindrucksvoll wieder, was sich auch an der ständig wachsenden Zahl der offiziellen Kampagnen-Unterstützer ablesen lässt: erst einmal mit der Tatsache ihrer Mitgliedschaft sowie der hohen Zahlungen an EURATOM konfrontiert, wollen die ÖsterreicherInnen mit überwältigender Mehrheit und hoher Bereitschaft sich dafür auch selber zu engagieren RAUS aus EURATOM!

*Die gesamte Ausgabe der Projektarbeit mit dem Titel „Atomenergie – saubere Energie oder strahlende Gefahr?“ steht ab sofort in gebundener Form im „Gelben Bücherbord“ der Freistädter Mütter gegen Atomgefahr als Leihexemplar zur Verfügung.

Des Rätsels Lösung

In der letzten atomstopp Ausgabe Nr. 206 haben wir gefragt, welche/r österreichische/r Politiker/in schon 2003 den EURATOM-Vertrag als Schlüssel der Anti-AKW-Politik betrachtet hat.

Die richtige Antwort war:

Ulli Sima
(damals Umweltsprecherin der SPÖ)



Mathilde Halla zeigt eine Karikatur von Gerhard Haderer (Après GAU – 1986), der meint: „Der Super GAU von Tschernobyl hat uns gezeigt, dass mit Atomenergie nicht zu spaßen ist. Die Folgen der Katastrophe sollten Warnung an alle Politiker und an alle neuen und alten Atomfanatiker genug sein.“

Im Rahmen einer Pressekonferenz wurde am 24. April das Personenkomitee vorgestellt, das die Kampagne „Österreich – RAUS aus EURATOM“ prominent unterstützt! Damit wird das Netzwerk der Unterstützer der Forderung – neben Landtagen/Gemeinden/Organisationen, Vereinen und Unternehmen aus dem Bereich Anti-Atom, Umwelt, Erneuerbare Energien – wieder um eine Facette dichter.

Mathilde Halla (u.a. Nuclear Free Future Award-Preisträgerin 2005 und langjährig führend im Anti-Atom-Widerstand gegen Zwentendorf, Wackersdorf, Temelin) bringt es auf den Punkt: „Österreich kann nicht auf der einen Seite gegen die Atomanlagen an unseren Grenzen kämpfen und auf der anderen Seite die Atomindustrie über EURATOM-Zahlungen unterstützen!“

Für Peter Weish (u.a. Proponent und Sprecher des Gentechnik-Volksbegehrens 1997) ist der Ausstieg aus EURATOM klar zu begründen. Seiner Meinung ist es ein Unsinn zu glauben, Österreich könne EURATOM von innen heraus reformieren.

Fritz Witzany (u.a. Konrad Lorenz Preisträger 2000, langjährig führend im Anti-Atom-Widerstand gegen Zwentendorf, Wackersdorf, Temelin) meint: „Wir brauchen keine Wiederbelebung einer technischen Fehlentwicklung, sondern ein kreatives und harmonisches Miteinander von Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Ökologie.“

Die gesammelten Stellungnahmen finden Sie auf: www.raus-aus-euratom.at/personenkomitee.php



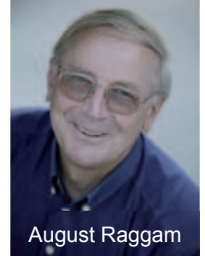
Peter Weish: „Ein Ausstieg aus EURATOM schafft klare Verhältnisse.“



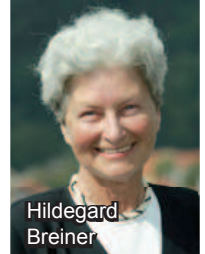
Fritz Witzany: „EURATOM – unzeitgemäß, überholt, kurzsichtig, gefährlich.“



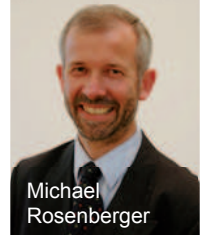
Bernd Lötsch



August Raggam



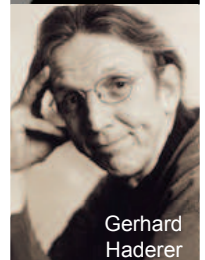
Hildegard Breiner



Michael Rosenberger



Christian Felber

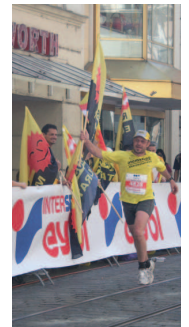
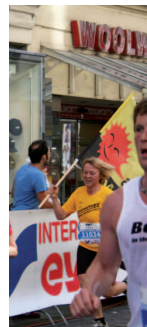


Gerhard Haderer



Gregor Sieböck

8. OMV Linz Donau Marathon „RAUS aus EURATOM“





Der Gelbe Ritter (Hans-Jörg Horky) mit seiner 20 kg schweren Rüstung, die 100 LäuferInnen von atomstopp_oberoesterreich und der Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) waren beim 8. OMV Linz Donau Marathon mit ihrer Forderung „Österreich – RAUS aus EURATOM“ nicht zu übersehen!

Ein herzliches Danke an alle, die mit uns ein starkes Zeichen für den Ausstieg Österreichs aus EURATOM gesetzt haben!



Prof. Geistlinger (Mitte): „Ausstieg aus EURATOM in einem Jahr möglich!“ (re: Gabriele Schweiger, Freistädter Mütter gegen Atomgefahr; li: Roland Egger: atomstopp)

Am 25. März fand anlässlich des 52. Jahrestages der Gründung von EURATOM im OÖ Presseclub in Linz eine Pressekonferenz von atomstopp_oberoesterreich gemeinsam mit Univ.-Prof. Dr. Michael Geistlinger statt. Der Völkerrechtsexperte der Universität Salzburg setzte den anwesenden JournalistInnen auseinander, dass ein Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag eindeutig möglich ist. Bis dato haben sich alle neun Landtage in Resolutionen mit EURATOM befasst und rund 60 Gemeinden in ganz Österreich Resolutionen zum Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag beschlossen.

Landesregierungen und Gemeinden erhalten aus Bundeskanzleramt abschlägige Antworten

Werden diese Resolutionen an das Bundeskanzleramt weitergeleitet, erhalten die Landesregierungen bzw. BürgermeisterInnen von den JuristInnen des Bundeskanzleramts Antwortschreiben, die die rechtliche Möglichkeit eines Austritts Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag in Abrede stellen. Die Argument-

ation des Bundeskanzleramts stützt sich dabei – z. B. in zwei uns vorliegenden Schreiben an die Landeshauptmann-Stellvertreter von Salzburg und von Tirol – auf eine nicht näher bestimmte „überwiegende Auffassung von Rechtsexperten“. Als Hindernisse für einen Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag werden angeführt, dass der EURATOM-Vertrag keine Austrittsbestimmungen enthält bzw. dass ein Austritt aus dem EURATOM-Vertrag Verhandlungen über die Bedingungen der weiteren Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union erfordern würde.

Der Kommentar von Prof. Geistlinger dazu fällt eindeutig aus: „Die Stellungnahme des Bundeskanzleramts ist in beiden rechtlichen Punkten nicht zutreffend. Der EURATOM-Vertrag ist ein selbstständiger Vertrag und wird dies, sollte der Vertrag von Lissabon einmal in Kraft treten, noch viel deutlicher sein. Er schuf eine eigene internationale Organisation, die trotz gemeinsamer Organe mit EG und EU ein rechtliches Eigenleben führt.“ Und weiter: „Beim EURATOM Vertrag handelt es sich um den Grün-

dungsvertrag einer Internationalen Organisation, der in der Tat keine Austrittsbestimmung enthält. Wie bei jedem Vertrag erfolgt auch bei einem solchen Vertrag der Austritt nicht durch einen einstimmig anzunehmenden Austrittsvertrag, sondern aufgrund einer einseitigen – von Österreich erklärten – Kündigung.“

Fazit von Prof. Geistlinger: „Die rechtlichen Argumente des Bundeskanzleramts sind daher nicht zutreffend und halten einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand.“

Die vollständigen Unterlagen zur Pressekonferenz im Internet zum Download unter www.raus-aus-euratom.at/downloads/PK_Geistlinger.pdf

Prof. Geistlinger hat mit Prof. Wegener (Universität Nürnberg/Erlangen) und Prof. Rotter (Universität Linz) durchaus Unterstützung - unabhängig voneinander kommen alle drei Gutachter zum Schluss, dass ein einseitiger Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag rechtlich möglich ist. (Gutachten von Prof. Wegener zum Download unter www.raus-aus-euratom.at/downloads/Gutachten-EURATOM-Wegener.pdf).

atomstopp forderte die Bundesregierung bei der Pressekonferenz auf, sich endlich mit der politischen Umsetzung eines Ausstiegs aus EURATOM auseinanderzusetzen und die frei werdenden Mittel für andere Vorhaben, wie z. B. die Förderung der erneuerbaren Energien, einzusetzen.

Realistische Kündigungsfrist für EURATOM: ein Jahr!

Die realistische Kündigungsfrist für einen Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag würde laut Prof. Geistlinger ein Jahr betragen. Darüber hinaus hat Prof. Geistlinger der Regierung angeboten, kostenlos den Schriftsatz für den Ausstieg vorzubereiten!

Das informelle Treffen der EU-Außenminister am 27. März in Hluboka – ganz in der Nähe des AKW Temelin – wurde von atomstopp_oberoesterreich und tschechischen Anti-Atom-Organisationen (BIU/OIZP, Südböhmische Mütter gegen Atomgefahr und CALLA) genutzt, um mit einer Aktion auf die offenen Sicherheitsmängel im AKW Temelin hinzuweisen.

„Temelin erfüllt seine Versprechen nicht!“ war auf Plakaten in allen offiziellen Sprachen der Europäischen Union zu lesen!

Außenminister Michael Spindelegger hat den AtomgegnerInnen bei der Aktion in Hluboka zugesichert, auf weitere Verhandlungen mit Tschechien wegen der offenen Sicherheitsmängel im AKW Temelin zu bestehen. Er hat außerdem bei seinem Antrittsbesuch in Oberösterreich Anfang Mai betont, dass das Thema „Temelin“ bei jedem Treffen mit Tschechien auf der Tagesordnung bleibt.

Weder bei den hochenergetischen Leitungen auf der 28,8m-Bühne noch bei der Qualifikation der Sicherheitsventile sind die internationalen Experten mit den von Tschechien präsentierten Lösungen zufrieden.



Katastrophenschutzübung

Bei der öö Landesregierung wurde jedenfalls angeregt, eine landesweite Katastrophenschutzübung abzuhalten.

Dass die Auswirkungen durch das AKW Temelin dramatisch sein können, wissen wir spätestens seit dem Jahr 2001. Helmut Hirsch in seiner Stellungnahme „Atomkraftwerk Temelin – Sicherheitsdefizite“ für das Land Oberösterreich:

„Insbesondere das Land Oberösterreich kann von schweren Unfällen in Temelin stark berührt werden. Abhängig von der Wetterlage können beispielsweise im Raum Linz Bodenkontaminationen im Bereich von 1.500.000 bis 5.000.000 Becquerel Caesium-137 pro Quadratmeter auftreten. Die Bevölkerung von Gebieten mit einer Belastung von 1.500.000 Becquerel/m² wurde in Weißrussland 1986 nach dem Unfall von Tschernobyl umgesiedelt.“



Außenminister Michael Spindelegger sichert weitere Verhandlungen mit Tschechien wegen der offenen Sicherheitsmängel im AKW Temelin zu!



Gemeinden von A bis Z fordern „RAUS aus EURATOM“

Gemeinden quer durch Österreich, Gemeinden von „A“ wie Altheim bis „Z“ wie Zwettl fordern in Resolutionen von der Bundesregierung „RAUS aus EURATOM ... und es werden immer mehr ... jeweils die aktuellsten Informationen gibt es auf: www.raus-aus-euratom.at/gemeinden.php - ebenso wie eine Muster-Gemeinderesolution zu „RAUS aus EURATOM!“

... **Altheim** will RAUS aus EURATOM - **Altmünster** will RAUS aus EURATOM - **Bludesch** will RAUS aus EURATOM - **Blumau-Neurisshof** will RAUS aus EURATOM - **Breitenstein** will RAUS aus EURATOM - **Dietmanns** will RAUS aus EURATOM - **Draßburg** will RAUS aus EURATOM - RAUS aus EURATOM - **Eggendorf i. Tr.** will RAUS aus EURATOM - **Emmersdorf** will RAUS aus EURATOM **Feldkirchen an der Donau** will RAUS aus EURATOM - **Freistadt** will RAUS aus EURATOM **Göpfritz an der Wild** will RAUS aus EURATOM - **Glanz an der Weinstraße** will RAUS aus EURATOM - **Gmunden** will RAUS aus EURATOM - **Gutau** will RAUS aus EURATOM - **Hörsching** will RAUS aus EURATOM - **Hagenberg im Mühlkreis** will RAUS aus EURATOM **Hundsheim** will RAUS aus EURATOM - **Kottes-Purk** will RAUS aus EURATOM - **Krenglbach** will RAUS aus EURATOM **Langenlois** will RAUS aus EURATOM - **Lassing** will RAUS aus EURATOM - **Leopoldsdorf** will RAUS aus EURATOM - **Linz** will RAUS aus EURATOM - **Munderfing** will RAUS aus EURATOM **Neumarkt** will RAUS aus EURATOM **Niederhollabrunn** will RAUS aus EURATOM - **Ottensheim** will RAUS aus EURATOM - **Ritzing** will RAUS aus EURATOM **Rotenturm an der Pinka** will RAUS aus EURATOM - **Sandl** will RAUS aus EURATOM - **Schweiggeners** will RAUS aus EURATOM - **Seekirchen am Wallersee** will RAUS aus EURATOM **Siegersdorf bei Herberstein** will RAUS aus EURATOM - **Spital am Pyhrn** will RAUS aus EURATOM **St. Andrä am Zicksee** will RAUS aus EURATOM - **St. Georgen am Reith** will RAUS aus EURATOM **Steinberg-Dörfel** will RAUS aus EURATOM - **Stetteldorf am Wagram** will RAUS aus EURATOM - **Teesdorf** will RAUS aus EURATOM - **Ternberg** will RAUS aus EURATOM - **Ternitz** will RAUS aus EURATOM - **Thüringen** will RAUS aus EURATOM - **Thal** will RAUS aus EURATOM - **Thalheim bei Wels** will RAUS aus EURATOM - **Thaya** will RAUS aus EURATOM - **Vöcklabruck** will RAUS aus EURATOM - **Volders** will RAUS aus EURATOM - **Vorderweißenbach** will RAUS aus EURATOM - **Waidhofen an der Thaya** will RAUS aus EURATOM - **Weinburg** will RAUS aus EURATOM - **Weiten** will RAUS aus EURATOM - **Wels** will RAUS aus EURATOM - **Zwettl** will RAUS aus EURATOM ...



Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: atomstopp_atomkraftfrei leben!

Zulassungsnummer: GZ 03Z034981M

F.d.l.v.: Roland Egger; Texte, Layout, grafische Umsetzung: Claudia Kothgassner, Jakob Luimpöck

Redaktion: Promenade 37, 4020 Linz, Tel: (0732) 774275

Homepage: www.atomkraftfrei-leben.at, Email: post@atomstopp.at

Spendenkonto: Hypo Landesbank, BLZ 54000, KtoNr. 205377

Druck: Plöchl Druck GmbH, 4240 Freistadt; gedruckt mit oekostrom

atomstopp wird unterstützt vom Land Oberösterreich und der Stadt Linz

